Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung vom Ausschuss bestätigt.

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 04.03.2013

Das Protokoll vom 04.03.2013 wird in der vorliegenden Form bestätigt.

Zu TOP 4 Informationen zu den Ergebnissen und zum Stand der Umsetzung des integrierten kommunalen Energie- und Klimaschutzkonzeptes der Region Beeskow BE: Bürgermeister, Herr Steffen Klimaschutzmanagerin Frau Möller

Zunächst moderiert Frau Prof. Dr. Böhm den Tagesordnungspunkt mit einigen Informationen zum Thema Energie und Klimaschutz auf regionaler bzw. kommunaler Ebene an, bevor sie das Wort an den Bürgermeister der Stadt Beeskow, Herrn Steffen übergibt.

Der Ausschuss erfährt als erstes, dass sich der Geltungsbereich des integrierten kommunalen Energie- und Klimaschutzkonzeptes der Region Beeskow vom Amt Schlaubetal über die Gemeinden Tauche und Rietz Neuendorf, die Städte Storkow (Mark) und Friedland sowie die Stadt Beeskow selbst hinweg erstreckt.

Zur Finanzierung des Konzeptes wurde ein Fördermittelantrag beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gestellt. Dieser Antrag wurde mit der Besonderheit des 1000. geförderten Klimaschutzkonzeptes durch das Ministerium bewilligt.

Ein Grundanliegen für die Erarbeitung des Klimaschutzkonzeptes ist, dass Klimaschutz nicht nur alleinig eine globale, europäische oder nationale Aufgabe sein kann, sondern zur Erfüllung der Klimaschutzziele auch auf der kommunalen Ebene angegangen werden muss.

Das Klimaschutzkonzept der Region Beeskow wurde unter Hinzuziehung sach- und fachkundiger Ingenieurbüros erstellt. Herr Steffen trägt nunmehr einige Eckdaten aus dem erstellten Gutachten vor. So werden im Vergleich zum Bundesdurchschnitt in der Region Beeskow 6,3 t / EW und a CO₂ statt 10,0 t / EW und a emittiert. Ziel der Region Beeskow ist, diesen Wert von 6,3 t / EW und a bis zum Jahr 2020 auf 5,0 t / EW und a und bis zum Jahr 2050 auf 2,0 t / EW und a abzusenken. Dieses Szenario soll ohne Deindustrialisierung umgesetzt und erreicht werden. Eine weitere besondere Erkenntnis des Gutachtens besteht darin, dass ein wesentlicher Anteil an der CO₂-Emission durch die Mobilität hervorgerufen wird. Gefolgt von ebenso wirksamen Emittenten wie private Haushalte oder die Industrie. Demzufolge liegen auch in den Handlungsfeldern Verkehr, Wärme und Strom (privat und industriell) mit den dazugehörigen Energieträgern, wie Kohle, Kraftstoffe etc. die zum Erfolg führenden Einsparpotenziale. Im Bereich der Elektroenergieerzeugung wird in der Region durch Windkraft- und Biomassenutzung bereits mehr Energie erzeugt als verbraucht.

Die Potenzialanalyse im Sektor der erneuerbaren Energien ergab, dass weitere Möglichkeiten des Ausbaues insbesondere bei der Wind- und Solarenergieerzeugung bestehen. Darüber hinaus wurde ein Maßnahmenkatalog mit verschiedensten Ansätzen zur Energieeinsparung und der Energieeffizienz entwickelt. Ein wichtiger Aspekt in diesem Zusammenhang war die Vernetzung von unterschiedlichen Akteuren in einem Klimabeirat, die die Kommunikation der Inhalte gewährleistete.

Das integrierte kommunale Energie- und Klimaschutzkonzept wurde in den Parlamenten aller beteiligten Kommunen als Handlungsgrundlage beschlossen. Dies ist vor dem Hintergrund der mit finanziellen Aufwendungen verbundenen Umsetzung der Maßnahmen keine Selbstver-

ständigkeit, Angesicht der vorzufindenden schwierigen Haushaltssituation. Mit Blick auf die durchgeführte Öffentlichkeitsarbeit resümiert Herr Steffen, dass trotz Anwendung diverser medialer Techniken die Resonanz aus der Bevölkerung eher niedrig geblieben ist. Die Umsetzung des Konzeptes soll insbesondere durch den Einsatz einer Klimaschutz- und Energiemanagerin realisiert werden. Die Finanzierung dieser Maßnahme wurde erneut durch eine Förderung des Bundesumweltministeriums unterstützt, so dass Herr Steffen heute, Frau Inga Möller als die Klimaschutz- und Energiemanagerin der Region Beeskow vorstellen kann. Damit übernimmt Frau Möller und erläutert im Weiteren den Stand der Umsetzung des Konzeptes. Grundlage hierzu bildet eine Kooperationsvereinbarung der beteiligten Kommunen, in der 25 priorisierte Maßnahmen des Maßnahmenkataloges des EKK zur Realisierung innerhalb der kommenden 3 Jahre festgelegt worden sind. Die ersten Schritte der Klimaschutzmanagerin in Richtung Umsetzung bestanden im Aufbau der Kommunikationsstrukturen der beteiligten Partner, in der Integration des Themas in verschiedenen Institutionen und in der Organisation zur Fortführung der Arbeit des Klimabeirates. Des Weiteren werden dem Ausschuss einige der 25 prioritären Maßnahmen ausführlicher vorgestellt. Dazu gehören die Öffentlichkeitsarbeit, die Schaffung eines regelmäßigen Energieberatungsangebotes, die Gründung bzw. Schaffung eines Bürger-solarparks und die Einführung von Energiesparmodellen.

Die Anwesenden haben nunmehr Raum und Zeit für Fragen und Diskussionsbedarf.

Frau Tschierschky zollt der Region Beeskow Respekt und Anerkennung für die geleistete Arbeit. Herr Meyer berichtet von einem Besuch des Regionalbüros im Landkreis Barnim. Das Regionalbüro Barnim, eine Partnerschaft des Landkreises Barnim, der Fachhochschule Eberswalde und der Fachhochschule Trier, ist u. a. mit der Umsetzung der Null-Emission-Strategie des Landkreises Barnim beauftragt. In diesem Zusammenhang wurden und werden vielfältige Maßnahmen auf verschiedensten Ebenen durchgeführt. Der Abgeordnete weist in diesem Kontext auf die Internetpräsenz der nunmehr agierenden Barnimer Energiegesellschaft mbH hin. Abschließend äußert er die Meinung, dass der Landkreis Oder-Spree zur Bewältigung der Energiewende noch nicht zweckentsprechend aufgestellt ist und regt daher einen Erfahrungsaustausch auf Landratsebene mit dem LK Barnim an.

Herr Noppe äußert keine Einwände gegen die konzipierten Maßnahmen, spricht sich aber gegen die Errichtung von Solaranlagen / -parks auf landwirtschaftlich genutzten Flächen aus. Diese sollten vorzugsweise auf Konversionsflächen errichtet werden.

Herr Meyer erkundigt sich nach einem Ansprechpartner für das Klimaschutzmanagement in der Kreisverwaltung bzw. danach ob eine solche Stelle eingerichtet werden soll.

Herr Buhrke erläutert die verschiedenen Planungsebenen, die hier interagieren und das Engagement welches die betreffenden Akteure einbringen, um substanzielle Fortschritte beim Ausbau der erneuerbaren Energien zu erreichen. Allerdings hängt ein möglicher Ausbau der erneuerbaren Energien wie zum Beispiel die der Windenergie von entsprechenden rechtsverbindlichen Planungsgrundlagen bzw. Planungen ab. Des Weiteren stellt Herr Buhrke heraus, dass zwar im Haushaltsplan Maßnahmen nicht explizit als energiespezifisch deklariert werden aber dennoch maßstabssetzende Projekte in dieser Hinsicht sein können, wie zum Beispiel die neue Rettungswache in Beeskow.

Die Frage des Klimamanagements auf Kreisebene wird durch Herrn Thoma beantwortet. Er erläutert, dass durch die Regionale Planungsgemeinschaft in Abstimmung mit den Landkreisen Märkisch-Oderland und Oder-Spree sowie der Stadt Frankfurt (Oder) die Förderung einer Energiemanagerin aus dem Landesprogramm REN+ beantragt wurde und eine Bewilligung durch das Land Brandenburg erfolgt ist. Diese Stelle ist bei der RPG angesiedelt und wird durch Frau Kathleen Wolff ausgefüllt. Sie hat somit perspektivisch die Aufgaben der Umsetzung des regionalen Energiekonzeptes übertragen bekommen.

Frau Tschierschky ist der Meinung, dass es in einem Energie- und Klimaschutzkonzept nicht nur um Energieerzeugung und-verbrauch gehen kann sondern auch um Energieeffizienz und Energieeinsparung. Daher möchte Sie wissen, welche Aspekte das EKK in diesem Zusammenhang aufgreift. Frau Möller erläutert einige Maßnahmen aus dem Bereich Mobilität (ÖPNV, Elektromobilität), der öffentlichen Verwaltung bzw. privater Haushalte. Herr Steffen greift nochmals das Thema Mobilität auf und stellt hier insbesondere auf das damit verbundene Pendleraufkommen ab, welches auch künftig bewältigt werden muss. Insofern wird man sich zwangs-

läufig mit den Fragen von Antriebstechnologien und oder sauberen Kraftstoffen beschäftigen müssen. In diesem Kontext stellen Information und Kommunikation eine wichtige Aufgabe dar, der man sich in der Region Beeskow intensiv stellen wird.

Der Bürgermeister sieht aber auch noch Potenziale, wie beispielsweise in überholten Warmwasseraufbereitungssystemen oder im Nutzungsverhalten, in öffentlichen Einrichtungen, die erkannt wurden und die es nunmehr zu erschließen gilt.

Frau Trippens nimmt nochmals das Thema Klimaschutz im Landkreis Barnim, Regionalbüro Barnim bzw. Barnimer Energiegesellschaft mbH auf und erläutert aus ihrer Sicht einige Zusammenhänge. Insgesamt befürwortet sie den regionalen Ansatz im Bereich Energie und Klimaschutz.

Frau Prof. Böhm beschäftigt sich nochmals mit dem Thema sachlicher Teilregionalplan „Windenergienutzung“ Oderland-Spree und beschreibt den vorhandenen Verfahrensstand und die –zwänge, die der derzeitigen Entwurfsbearbeitung zu Grunde liegen. Als kritisch zu beurteilen sind insbesondere die teilweise unzuverlässigen Rahmenbedingungen, die das Potenzial besitzenden, den Planungszeitraum erheblich zu verlängern.

Des Weiteren ergibt sich Erörterungsbedarf zu der Frage, inwieweit Denkmalschutz und Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien miteinander vereinbar sind.

Die dazu beispielhafte Situation in der Stadt Beeskow wird von Herr Steffen erläutert. Sie ist so, dass vom Grundsatz her und unter bestimmten Voraussetzungen (stimmige geografische Lage, Dachfläche von städtebaulich sensiblen Standorten nicht einsehbar) Photovoltaikanlagen auch in der historischen Altstadt errichtet werden können. In den Bereichen, in denen erhebliche Einschränkungen für die Errichtung von Photovoltaikanlagen bestehen oder dies gar unmöglich ist, bietet sich als Alternative für die Eigentümer / Bürger die Beteiligung an dem Projekt „Bürgersolarpark“ der Stadt Beeskow an, mit dem gleichzeitig der so bedeutsame Partizipationsansatz gewährleistet werden soll.

Herr Meyer möchte wissen, inwieweit die Erdwärmenutzung eine Rolle bei zu hohen städtebaulichen Restriktionen, wie zum Beispiel durch Belange des Denkmalschutzes, spielen kann. Die Stadt Beeskow hat in dieser Hinsicht bereits Projekte auf Basis von Erdwärmenutzung für öffentliche Einrichtungen umgesetzt. Außerdem wurde im Rahmen eines anderen Projektes eine Recherche zur Interessensbekundung für die Nutzung alternativer kleinräumiger Energie- / Wärmebezugssysteme mit großem Anklang durchgeführt.

Damit schließt die Ausschussvorsitzende den Tagesordnungspunkt ab.

**Zu TOP 5 Grundsatzbeschluss: OSZ Palmnicken - Gestaltung der Außenanlagen einschließlich Regenentwässerung und Sanierung der Heiztrasse
BE:Dezernat IV/Amt 40
Vorlage: 023/2013**

Die inhaltliche Erläuterung der Beschlussvorlage 023/2013 wird zunächst von Herrn Rothe, Sachgebietsleiter im Amt für Bildung, Kultur und Sport vorgenommen.

Am Standort Palmnicken des Oberstufenzentrums Oder-Spree ist geplant, die Außenanlagen zu gestalten, die Regenentwässerung zu erneuern und die Heiztrasse zu sanieren.

In Palmnicken werden zurzeit ca. 3.500 Schüler unterrichtet. Es ist somit das größte Oberstufenzentrum im Land Brandenburg und kann daher auch als ein zukunftssicherer Standort eingestuft werden.

Mit dem geplanten Vorhaben soll nunmehr in einem letzten Bauabschnitt der Innenbereich zwischen den einzelnen Schulgebäuden umgestaltet werden. Dabei spielen nicht nur optische bzw. gestalterische Elemente eine große Rolle. Vielmehr soll die geplante funktionelle Gestaltung der Außenanlagen zur Unterstützung des (Kunst-) Unterrichtes beitragen.

Die Details des Projektes werden von dem Geschäftsführer des beauftragten Büros für Freiraum- und Landschaftsplanung, Edel-Projekt GbR, Fürstenwalde, Herrn Andre Edel vorgestellt. Gegenwärtig befinden sich im Planungsgebiet ein ehemaliger Parkplatz, abgelagerte Baumaterialien und Erdstoffe.

Durch folgende Aufgabenstellung sollen nicht nur die Mängel der Ausgangssituation beseitigt werden, sondern darüber hinaus noch eine neue Aufenthalts- und Nutzungsqualität erreicht werden:

Gestaltung der zentralen Freifläche zwischen den Häusern 8 und 11, sowie zwischen Kulturhaus/Cafeteria und dem Haus 12; Beseitigung alter Flächenbefestigungen mit Ablagerungen älteren Baumaterials und größerer Haufwerke mit Erdmaterial; Erneuerung des Abschnittes der vorhandenen Heizleitung innerhalb des Plangebietes durch ein modernes System mit Leckortung; Herstellung bzw. Stärkung der übergeordneten Wegebeziehungen; Anordnung einer Bühne für Freiluftveranstaltungen (Sitzkapazität bis 200 Personen) sowie von Sitz- und Aufenthaltsmöglichkeiten; anspruchsvolle Grünanlagengestaltung durch Anlage von Rasenflächen und Gehölzpflanzungen.

Der aus diesen Grundsätzen entwickelte Entwurf berücksichtigt deshalb folgende Aspekte: Gestaltung einer sternförmigen Wegführung und eines zentralen Platzes mit einem Kunstwerk/Kunstobjekt, welches in Eigenleistung des OSZ geschaffen wird; Anlage einer Bühne mit Auditorium; Ausbau des diagonalen Hauptweges vom Haus 11 in Richtung Haus 12 und des Weges parallel zu Haus 11; Anordnung von überdachten und nicht überdachten Sitzplätzen; Anlage von Vegetationsflächen überwiegend als Rasenflächen, in Einmündungszonen und an den seitlichen Böschungen des Amphitheaters auch Strauchpflanzungen; Pflanzung neuer Solitärbäume und Integration vorhandener Gehölze. Die Baukosten für das Vorhaben belaufen sich für die vorgestellte Variante 1 der Freiraumplanung für das OSZ Palmnicken auf ca. 455 T€ ohne Honorar für die Planungsleistung und auf 36 T€ für die Fernwärmeübertragung.

Frau Prof. Dr. Böhm regt in Ihrem Statement zur Planung vor allem die Anlage von mehr und praktikableren Sitzmöglichkeiten an. Mit Bezug auf die konzipierte Entwässerung, möchte sie wissen, inwieweit die Möglichkeit der Abwassereinleitung in eine vorhandene Vorflut geprüft wurde. Die Planung hat diesbezüglich ergeben, dass die berechneten Regenwassermengen auf dem Gelände versickert werden können. Die Herausforderung besteht vornehmlich in der Führung des Regenwassers aus den einzelnen Abschnitten, wie beispielsweise aus dem zentralen Platz. Hinsichtlich des Sitzplatzangebotes argumentiert der Planer, dass auf dem Gelände in anderen Bereichen bereits Sitzplatzangebote bestehen und insgesamt die Kapazität als ausreichend angesehen werden konnte.

Frau Tschierschky fragt nach, ob auch an die Einrichtung von Wasserzapfstellen gedacht wurde. Herr Edel bestätigt, dass entsprechende Vorsorge getroffen worden ist. Hinzu kommt lediglich ein Elektroanschluss für das Bühnenbauwerk. Herr Meyer assoziierte mit der Frage von Frau Tschierschky eher die Einrichtung von Trinkwasserzapfstellen. Herr Edel sieht dies als grundsätzlich machbar an. Herr Buhrke erinnert, dass man sich zurzeit auf Ebene des Grundsatzbeschlusses bewegt und detailliertere Aussagen der Baubeschlussebene zugeordnet werden können. Frau Huschenbett erklärt auf Nachfrage, dass der Baubeschluss für das Vorhaben für den Herbst d. J. vorbereitet wird, so dass in 2014 der Baubeginn vollzogen werden kann. Herr Buhrke erläutert dem Ausschuss wie der weitere Verfahrensablauf bis zur Baubeschlussfassung organisiert ist und wie die im Rahmen der Diskussion zur Entwurfsplanung gewonnenen Ergebnisse verarbeitet werden.

Frau Tschierschky erkundigt sich nach den akustischen Planungsansätzen im Bereich des Amphitheaters. Herr Edel erläutert daraufhin den entsprechenden Hintergrund. Herr Buhrke gibt in diesem Kontext noch zu bedenken, welche Art der Nutzung mit dem Amphitheater beabsichtigt ist.

Herr Meyer möchte wissen, ob am Standort auch Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien errichtet werden.

Herr Buhrke erklärt, dass dieses Anliegen nicht im Rahmen dieser Beschlussvorlage bzw. vom Projekt „Gestaltung Freianlagen“ gefasst werden kann.

Herr Noppe möchte wissen, woher die „Altlasten“ stammen, die nunmehr kostenverursachend beseitigt werden müssen. Herr Buhrke erläutert, dass diese aus vorangegangenen Bauvorhaben stammen, aber die Entsorgungsleistung selbst erstmals kostenwirksam wird.
Es folgt die Beschlussfassung.
Einstimmig zugestimmt, 8 x ja-Stimmen

Zu TOP 6 Grundsatzbeschluss: Gymnasium Fürstenwalde - Gestaltung Außenanlagen Standort Frankfurter Straße einschließlich Sanierung der Grundleitung
BE: Dezernat IV/Amt 40
Vorlage: 024/2013

Den Einstieg in den Tagesordnungspunkt übernimmt wiederum Herr Rothe. Er skizziert zunächst worum es sich in der Beschlussvorlage 024/2013, Grundsatzbeschluss; Gymnasium Fürstenwalde – Gestaltung der Außenanlagen am Standort Frankfurter Straße einschließlich Sanierung der Grundleitung, grundsätzlich handelt und übergibt zur Vorstellung des erreichten Planungsstandes an die Geschäftsführerin des Büros Kultus & Partner Ingenieurgesellschaft mbH, Rauen, Frau Regina Kultus.

Der durch die Kreisverwaltung erteilte Auftrag zu diesem Projekt wird in einer ARGE durch das Büro Kultus & Partner Ingenieurgesellschaft mbH, Rauen, zuständig für den technischen Teil, den Straßen- und Tiefbau und durch das Büro für Freiraum- und Landschaftsplanung, Edel-Projekt GbR, Fürstenwalde zuständig für die Umfeldgestaltung realisiert.

Am Anfang des Vortrages beschreibt Frau Kultus die Lage des Objektes einschließlich der dazugehörigen Erschließung und der Funktionsflächen, welche das Schulgebäude umgeben. Das Gymnasium selbst wurde um das Jahr 1955 errichtet und ist heute mit ca. 700 Schülern belegt. Seit 1992 trägt es den Namen „Geschwister-Scholl-Gymnasium“. In Vergangenheit wurden einige Sanierungsmaßnahmen sowohl am Gebäude als auch an den Entsorgungseinrichtungen vorgenommen. Die Schmutzwasserentsorgung erfuhr seit 1955 allerdings keine Instandsetzung, ebenso wenig der Wirtschaftshof, die Einfriedung und die Grünanlagen. Im Jahr 2009 ist dann die Turnhalle zurückgebaut worden, ohne eine Herrichtung der entstandenen Abbruchfläche auszuführen.

Zusätzlich wurden Mängel während der Bestandsaufnahme am Objekt dokumentiert, wie zum Beispiel fehlende Feuerwehrezufahrten und Aufstellflächen, beschädigte Plattenbeläge, Treppenanlagen, Mauerabdeckungen, Sitzgelegenheiten und Fahrradständer sowie unebene Grün- und Freiflächen, fehlende Kellereingangsüberdachung und Stellplätze für Entsorgungsobjekte und Fahrzeuge. Des Weiteren mussten Verstopfungen im Abwassersystem, Überlastungen des Regenwassersystems und Einschränkungen bei der Entsorgung des Fettabseiders festgestellt werden.

Dieser Zustand, ist nunmehr im Zuge der Gestaltung der Außenanlagen zu beseitigen.

Durch die Planerin werden die aufgezählten Missstände nochmals durch eine angelegte Foto-strecke visualisiert.

Dabei wird auch deutlich, dass das Umfeld um den Gedenkstein für die Geschwister Scholl unbedingt in einen angemessenen Zustand zu versetzen ist.

Frau Tschierschky wirft ein und möchte wissen, welchen Namen die Schule vor 1992 trug. Herr Rothe führt dazu aus, dass das Gymnasium zuvor eine Berufsschule mit demselben Namen war und nach der Transformation beschlossen worden ist, den Namen beizubehalten.

Im Weiteren stellt Frau Kultus den Bestand und Zustand der vorhandenen Abwasserentsorgungseinrichtungen an Hand von Lageplänen und von Fotografien vor.

Daran schließt sich die Präsentation der Vorzugsvariante zur Gestaltung der Außenanlagen am Geschwister-Scholl-Gymnasium an. Frau Kultus lässt hierbei nicht unerwähnt, dass die Ideen, welche im Rahmen des Turnhallenabrisses zur Gestaltung der verbliebenen Brachfläche durch die Schüler entwickelt wurden, in die Vorplanung einfließen.

Zusammengefasst sind folgende Leistungen Bestandteil der Vorzugsvariante: Erneuerung des kompletten Schmutz- und Regenwassersystems, Anordnung der Feuerwehrezufahrt und Aufstellflächen für Löschfahrzeuge, Anordnung einer Zufahrt zum Fettabscheider für Wartungsfahrzeuge, Neugestaltung des westlichen Wirtschaftshofes für den Anlieferverkehr mit Treppenanlage, befestigte und teils überdachte Stellplätze für Fahrräder, PKW und Entsorgungsobjekte, Anlage von Freiflächen mit Sitzmöglichkeiten und Sporteinrichtungen, Schaffung eines angemessen gestalteten Standortes für den Gedenkstein der Geschwister Scholl, die komplette Erneuerung der Zaunanlage und Anlage neuer Grünflächen mit entsprechender Bepflanzung. Zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebs soll das Bauvorhaben in 4 Abschnitten realisiert werden. Abschließend werden die Baukosten dargelegt. Sie betragen ca. 1,17 Mio. €.

Herr Balzer spricht sich für das Vorhaben und eine umgehende Umsetzung aus, kritisiert jedoch auch den aufgelaufenen schlechten Zustand des Objektes.

Herr Kaufmann regt an den vorhandenen soliden Stahlzaun auch aus Gründen der Ästhetik zu sanieren, statt diesen zu erneuern.

Es folgt die Beschlussfassung.

Einstimmig zugestimmt, 8 x ja-Stimmen

Herr Kaufmann und Herr Noack verlassen um 18:53 Uhr die Ausschusssitzung.

**Zu TOP 7 Grundsatz- und Baubeschluss zur Planung und Realisierung einer Hüllensanierung (Fassade und Dach) Gesamtschule Eisenhüttenstadt,
Maxim- Gorki-Str. 15
BE: Dezernat II/Amt 10
Vorlage: 025/2013**

Die Einleitung in den Tagesordnungspunkt 7 – Grundsatz- und Baubeschluss zur Planung und Realisierung der Hüllensanierung an der Gesamtschule Eisenhüttenstadt wird von der Amtsleiterin des Amtes für Gebäude- und IT-Management, Frau Huschenbett übernommen.

An der Gesamtschule Eisenhüttenstadt wurden bereits verschiedene Teilsanierungsmaßnahmen bzw. Vorhaben realisiert, die auf eine Beschlussfassung aus dem Jahr 2009 in Verbindung mit dem Zukunftsinvestitionsgesetz zurückzuführen sind. Die geplante Hüllensanierungsmaßnahme (Dach + Fassade) ist eine der einst angedachten Ausbaustufen.

Die Präsentation der Untersuchungs- und Planungsergebnisse erfolgt durch den Mitarbeiter des Ingenieurbüros für Hoch- und Tiefbau e.G., Eisenhüttenstadt, Herrn Andreas Müller. Der Gebäudetrakt der Gesamtschule Eisenhüttenstadt mit seinen Freiflächen und Grünanlagen ist als Einzeldenkmal gelistet. Aus diesem Grund wurde die untere Denkmalschutzbehörde des Landkreises Oder-Spree von Beginn an in die Planungen der Sanierungsmaßnahme einbezogen. Die einzelnen Gebäudeteile beherbergen einerseits die allgemeinen Klassen- und Büroräume andererseits die Fachunterrichtsräume für Naturwissenschaften etc. sowie die Aula und die Turnhalle.

Unter Berücksichtigung der aufgezeigten Rahmenbedingungen wurde folgende Aufgabenstellung erarbeitet: Erstellung einer Bauzustandserfassung/Schadensanalyse, Darstellung verschiedener energetischer Sanierungsvarianten unter Beachtung der Anforderungen des Denkmalschutzes, Maßnahmenentwicklung zur Dachinstandsetzung auf Grundlage eines Schadensgutachtens aus dem Jahr 2013, Kostengegenüberstellung der verschiedenen Varianten unter Einbeziehung der Dachinstandsetzung, Erstellung des Bauablaufplanes.

Die Bauzustandserfassung/Schadensanalyse ergab ein komplexes Schadensbild der Fassade und des Daches. Dazu gehören Putzbereiche, Faschen, Laibungen, Fensterbänke, Fenster bzw. Oberlichter, Sockelplatten, Treppenanlage, Ausführungsmängel im Bereich der Dachhaut bzw. Dachkonstruktion.

Untersucht wurden daraufhin folgende Sanierungsvarianten: Fassade mit und ohne Wärmedämmverbundsystem, neue Fenster bzw. energetische Ertüchtigung der Fenster im Hauptgebäude, neue Fenster im Turnhallen- bzw. Spezialflügel, in den Verbindern und im Dachgeschoss, Feuchteschutzmaßnahmen im Sturzbereich neuer Fenster, Dachvollerneuerung bzw. Dachumdeckung, Entkernung des Dachraumes im Hauptgebäude, Dämmung der gesamten oberen Geschossdecken.

In der energetischen Betrachtung wurden Konstellationen mit unterschiedlichen baulichen Maßnahmen sowie die sich daraus ergebende Entwicklung der Energiekosten untersucht. Die Maßnahmen der Variante 3 konnten dabei als die effizientesten herauskristallisiert werden. Mit Blick auf die Dachsanierung ergaben sich auf Grundlage eines Gutachtens des Ingenieurbüros Mangold, Berlin folgende Maßnahmen: Aufnahme der Dacheindeckung im First-, Grat- und Traufbereich sowie anschließende Wiedereindeckung inklusive einer Verklammerung, Belassen der Dach- und Konterlattung, Nachbearbeitung der Lattung in den aufgenommenen Bereichen, Aufnahme und Wiedereinbau der Zinkbleche.

Schließlich werden die Baukosten der Sanierungsvarianten 1-6 dargelegt. Die Baukosten für die Vorzugsvariante 3 betragen ca. 2,11 Mio. €.

Der Vortrag wird mit der avisierten Bauablaufplanung abgeschlossen. Diese sieht vor, die Planungsleistungen bis August d. J. abzuschließen, das Vergabeverfahren im September zu beginnen und die Zuschlagserteilung Ende November zu tätigen, so dass der Bauanfang Ende März und das Bauende Ende Oktober des kommenden Jahres möglich sind. Es eröffnet sich nun der Raum für Fragen.

Frau Prof. Dr. Böhm erkundigt sich nach dem Zeitpunkt der letzten Dachdeckungsarbeiten. Herr Buhrke teilt mit, dass diese in den Jahren 2001, 2002 stattfanden. Der damalige Auftraggeber war die Stadt Eisenhüttenstadt. Darüber hinaus informiert der Kämmerer, dass sich trotz aller Bemühungen eine fördermittelbasierte Finanzierung des Bauvorhabens nicht ermöglichen ließ. Herr Meyer ist der Meinung, dass es sich hierbei auf Grund des schlechten Zustands des Objektes, um eine notwendige Verwahrlosung handelt.

Herr Buhrke stellt daraufhin klar, dass der Landkreis Oder-Spree nicht von Beginn an Schulträger gewesen ist, und daher die Angelegenheit entsprechend differenziert zu betrachten ist.

Herr Meyer möchte wissen, ob die energetische Nutzung des Daches geprüft worden ist.

Eine Prüfung ist nicht erfolgt, da die denkmalrechtlichen Belange bei einem Einzeldenkmal in dieser Hinsicht kaum zu überwinden sind. Frau Wehlisch, SB Denkmalpflege im Bauordnungsamt erklärt dazu, dass in Einzelfällen eine Ausnahmeregelung für eine energetische Nutzung auf der straßenabgewandten Seite also auf den nicht einsehbaren Bereichen von Dachflächen möglich sein könnte.

Herr Wiebicke hat Unstimmigkeiten innerhalb der aufgeführten Baukosten festgestellt, da sich diese nicht nachvollziehen lassen.

Frau Huschenbett erklärt dies mit der kurzfristigen Entscheidung zur Verklammerung der Dachsteine. Da diese nicht komplett umgesetzt wird, ergibt sich auf Grund der hier erzielten Einsparung eine andere Baukostensumme als in den Präsentationsunterlagen des Ingenieurbüros, die bereits zu diesem Zeitpunkt gefertigt waren.

Es folgt die Beschlussfassung.

Einstimmig zugestimmt, 6 x ja-Stimmen

Zu TOP 8 Sonstiges

Die Amtsleiterin des Umweltamtes, Frau Trippens informiert den Ausschuss über den aktuellen Sachstand zur Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Die erste Fristsetzung zur Erreichung eines >guten ökologischen und chemischen Zustandes der Gewässer< gemäß WRRL ist für 2015 vorgesehen. Durch die Länder sind deswegen entsprechende Maßnahmenbündel zu erarbeiten, mit denen die avisierten Umweltziele zu erreichen sind. Diese Bewirt-

schaftungspläne werden für die jeweiligen Flussgebietseinheiten aufgestellt. Im Land Brandenburg ebenso wie im LOS sind dies die Flussgebietseinheiten Elbe und Oder.

Dafür werden im Land Brandenburg Gewässerentwicklungskonzepte erstellt, um Bewirtschaftungsziele, Defizite und Maßnahmen gebietskonkreter diskutieren zu können. Hierzu erfolgte eine Unterteilung in 161 hydrologisch abgegrenzte Gebiete. Davon befinden sich 19 auf dem Gebiet des Landkreises Oder-Spree, für die solche GEK zu erarbeiten wären. Bisher wurden für den LOS 2 GEK's erstellt. Dies sind die 2 „Pilot-GEK“ (Krumme Spree und Brieskower Kanal). Im Weiteren befinden sich die GEK's für den Bereich Löcknitz und Schwielochsee in Bearbeitung. Kürzlich wurde aber auf Landesebene beschlossen, die Erarbeitung der GEK's einzustellen und nur noch die in Arbeit befindlichen fertigzustellen. Die bisher gewonnenen Erkenntnisse sollen auf die übrigen Gebiete übertragen werden.

Festgestellt werden musste weiterhin, dass die Akzeptanz vor Ort für die GEK's auf Grund des theoretischen und redundanten Maßnahmenansatzes nicht erreicht werden konnte. Hier hätte die Kommunikation in der Hinsicht besser funktionieren müssen, dass die konzipierten Maßnahmen nicht alle tatsächlich 1:1 umgesetzt werden müssten, um die angestrebten Bewirtschaftungsziele zu erreichen.

Erschwert wurde dieser Sachverhalt durch die teilweise gebietsübergreifende Erarbeitung weiterer Konzepte/Gutachten, wie zum Hochwasserrisikomanagement, zum Moorschutzprogramm oder zur FFH-Managementplanung.

Viele Bürger und Grundstückseigentümer wurden so verunsichert, da bislang offen bleibt, in welcher Weise und in welchem Umfang eine Betroffenheit durch die einzelnen Maßnahmen der unterschiedlichen Programme auf sie einwirken könnte.

Prof. Dr. Eva Böhm

Vorsitzender des Ausschusses
für Bauen, Umwelt und
Verkehr

stellv. Vorsitzende des
Ausschusses für Bauen, Umwelt
und Verkehr

Joerg Thoma

Schriftführer/in